

Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

Herausgeber: Schweizerischer Juristenverein

Band: 49 (1930)

Rubrik: Protokoll der 65. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protokoll der 65. Jahresversammlung
des
Schweizerischen Juristenvereins
vom 14. und 15. September 1930 in Stans.

**Sitzung vom 14. September 1930,
im Saale des Hotels Engel in Stans.**

Vorsitzender:

Herr Bundesrichter Dr. *Victor Merz*, Lausanne.

Eröffnung der Sitzung abends 8½ Uhr.

I.

Der Vorsitzende erstattet der Versammlung folgenden Bericht:

Verehrte Herren Kollegen!

Im Berichtsjahr hat unser Verein weder organisatorische noch funktionelle Änderungen erfahren. Die Tätigkeit des Vorstandes beschränkte sich auf die Erledigung der gewöhnlichen Geschäfte, insbesondere die Ausschreibung einer Preisarbeit, die Bestimmung eines Diskussionsthemas und die Vorbereitung der Jahresversammlung. Als Ort der Tagung bestimmte er Stans, weil die Zentralschweiz an der Reihe war und weil Nidwalden neben Innerrhoden der einzige Kanton ist, in dem der Schweizerische Juristenverein noch nie zusammenkam. Die nötigen Anordnungen musste der Vorstand selber treffen, doch gingen ihm dabei einige Persönlichkeiten von Stans,

insbesondere die Herren Landammann von Matt, Land-schreiber Odermatt, sowie unser einziges Nidwaldner Mitglied, Fürsprech Käslin, hilfreich an die Hand. Gerade mit Rücksicht auf diese Verhältnisse glaubten wir, dieses Jahr versuchsweise die Jahresversammlung auf einen Tag und den Vorabend beschränken zu sollen. Zu dem Entschlusse half mit, dass für ein zweites Thema, das wir zur Diskussion ausgewählt hatten, ein Korreferent sich nicht finden liess. Das bleibende Thema schien uns übrigens gewichtig genug, um die Verhandlungen auszufüllen. Es ist rein rechtlicher Natur, und seine Behandlung ruft weder politische noch weltanschauliche Gegensätze auf den Plan. Dagegen greift es tief in die Grundlagen des Rechts hinein, nämlich in die Frage der Verantwortlichkeit den Mitmenschen gegenüber, die man freilich auch von verschiedenen Gesichtspunkten aus anpacken kann. Doch will ich den Verhandlungen von morgen nicht vorgreifen.

Die Rechtsquellenkommission hat ihre stille, mühsame Arbeit in gewohnter Weise fortgesetzt. Ihr Bericht folgt später.

Die vom Juristenverein unternommenen Vorarbeiten für einen eidgenössischen Zivilprozess, die in den Händen von Herrn Prof. Fritzsche liegen, sind weitergediehen. Der Vorstand ist in der Lage, Ihnen heute einen Vorschlag für die Herausgabe eines zweiten Bandes des Werkes „Das Zivilprozessrecht der Schweiz“ zu unterbreiten.

Der Bestand des Vereins hat folgende Änderungen erlitten: Ausgetreten sind 11 Mitglieder, nämlich die Herren:

Dr. E. Roguin, Prof. (Lausanne), Jos. v. Reding, Kantonsger.-Präs. (Schwyz), H. Lindenmann, Fürsprech (Bern), Dr. Bruno Brückmann (Muri b. Bern), Dr. Josef Muff (Hitzkirch), Dr. E. Gressly (Balsthal), Ed. Wenger, Notar (Biel), A. Tschachtli, Grundbuchverwalter (Murten), Maurice Digier, av. (Neuchâtel), Dr. S. Aronowsky (Warschau), B. Gallacchi, proc. pubbl. (Lugano).

Neu aufgenommen wurden vom Vorstand 16 Mitglieder, nämlich die Herren:

Henri Chappaz, av. et not., Martigny.
Dr. Hs. Heinrich Maey, Ebelstrasse 29, Zürich.
Dr. R. Henne, Rechtsanwalt, Schaffhausen.
Dr. Fritz Häberlin, Obergerichter, Frauenfeld.
Dr. Louis Python, av., Fillistorf.
Dr. Walter Wreschner, Rechtsanwalt, Zürich.
Jean Graven, Gerichtsschreiber b. eidg. Vers.-Gericht, Luzern.
Dr. Th. Trüb, Obergerichts-Präs., Luzern.
Dr. J. F. Plattner, Steuerkommissär, Frauenfeld.
Dr. H. Rothmund, Chef der Polizeiabt. im Eidg. Justiz- und Polizei-Dep., Bern.
J. Andermatt, Bundesrichter, Lausanne.
Dr. F. Fässler, Bundesgerichtssekretär, Lausanne.
Dr. E. Hockenjos, Steinenring 58, Basel.
Dr. R. Bruckner, Bureau Martin, Genf.
Dr. A. Preisig, Breitingenstrasse 1, Zürich.
E. R. Sassella, Rechtsanwalt, Zürich.

Durch den Tod verloren haben wir 22 Mitglieder:

Schon vor dem Berichtsjahr, im Jahre 1928, ist in Zürich *Dr. Albert Schütz* durch einen Automobilunfall mitten aus voller Tätigkeit seiner Familie, seinen Freunden und seinem Berufe entrissen worden. Er war bereits vor Abschluss der juristischen Studien in den Dienst der „Neuen Zürcher Zeitung“ getreten und hat während zehn Jahren an deren Handelsteil mitgearbeitet. Er brachte für seinen Beruf das Interesse für das wirtschaftliche Leben, eine gute Auffassungsgabe und das Streben nach rascher und doch gewissenhafter Arbeitserledigung mit sich, die ihn neben seiner Liebenswürdigkeit und seinem Mut der Überzeugung zu einem geschätzten Kollegen machten. Die Frucht seiner Erfahrungen war eine wertvolle Studie über den „Handelsteil der Tageszeitung“. Die

Mussestunden waren der Familie, der Geselligkeit und der Musik gewidmet.

Auch vor dem Berichtsjahr ist am 11. Juni 1929 in Genf *Jean-Henry Patry* gestorben. Geboren 1864, wurde Patry nach Abschluss seiner Studien in Genf Advokat und 1905 Betreibungsbeamter von Genf. Er versah dieses Amt gewissenhaft und mit Hingebung, bis er im Jahre 1926 die Altersgrenze erreichte. Daneben leitete er die „Semaine Judiciaire“ von 1891 an bis zu seinem Tode. Im Militär rückte er bis zum Oberstleutnant vor, und war Mitglied verschiedener dem Gemeinwohl dienender Gesellschaften.

Ebenfalls vor dem Berichtsjahr, am 29. Juli 1929, ist in Neuenburg Dr. *Serge Bonhôte* im Alter von 36 Jahren gestorben. Er hatte in Neuenburg die Rechte studiert, war eine Zeitlang bei der schweizerischen Gesandtschaft in Paris tätig und übernahm nach dem Tode seines Vaters Eugène Bonhôte dessen Anwaltsbureau in Neuenburg. Schon vorher im Bankfach ausgebildet, trat er 1925 in das Comptoir d'Escompte von Genf ein und wurde kurz vor seinem Tode in die Generaldirektion berufen. Er galt als „juriste de classe“ und genoss wegen seiner Gerechtigkeitsliebe und seiner hohen sittlichen Auffassung allgemeine Achtung.

Der im Alter von 62 Jahren am 6. Oktober in Uster verstorbene Rechtsanwalt Dr. *R. Walder* fand in der Musik die liebste Erholung vom beruflichen Leben und hat sich namentlich auf diesem Gebiet um seinen Heimatort verdient gemacht und ein dankbares Andenken gesichert.

Im gleichen Alter starb einen Tag später nach kurzer Krankheit in Meiringen Notar *J. Mühlemann*. Er war kurz vorher zum Präsidenten des bernischen Grossen Rates gewählt worden, dem er längere Zeit angehört und als

Mitglied mehrerer wichtiger Kommissionen wertvolle Dienste geleistet hat. In der Gemeinde Meiringen hatte er längere Zeit das Amt des Präsidenten der Gemeinde und des Gemeinderates inne.

Am 19. Oktober starb in Freiburg der im Jahre 1854 geborene „greffier“ *Léon Buclin*. Er hiess so, weil er lange Zeit, von 1878 bis 1916, das Amt eines Kantonsgerichtsschreibers mit Auszeichnung versehen hatte. Im Jahre 1916 wurde er ins Kantonsgericht gewählt. Daneben war er gemeinnützig tätig und gehörte eine Zeitlang dem Gemeinderat von Freiburg an.

Mit Bundesrichter *Karl Zgraggen* ist am 3. Dezember im Alter von 68 Jahren ein Mann dahingegangen, der als Jurist und als Politiker in den letzten Jahrzehnten eine hervorragende Stellung eingenommen hat. In Altdorf geboren, war er früh nach Bern gekommen. Hier und in Leipzig studierte er die Rechtswissenschaft; er war ein Lieblingsschüler von Professor Emil Vogt, dessen Schwiegersohn er später wurde. Gleich nach dem Staatsexamen, 1885, wurde er Obergerichtsschreiber und 1891 Generalprokurator des Kantons Bern. Im Jahre 1898 ging er zur Fürsprecherpraxis über, die er eine Zeitlang mit Alfred Brüstlein ausübte. 1915 wurde er in das bernische Obergericht und 1920 als Nachfolger von Alexander Reichel in das Schweizerische Bundesgericht gewählt. In allen Stellungen bewährte er sich als hervorragend befähigter und mit umfassenden Kenntnissen ausgerüsteter Jurist, dessen Rat und Urteil den Einzelfall gleich unter die allgemeine Norm zu bringen und seinen Rechtsschriften, Plädoyers und Voten eine geschliffene Form zu geben verstand, welche er auch beobachtete, wenn sein Temperament mitsprach. Bekannt er noch war sein Name in der Politik, er hatte sich früh aus innerem Drang der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen und rückte rasch in die Reihe der intellektuellen Führer vor. Als solcher wurde er in

den bernischen Stadtrat, in den Gemeinderat und in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählt, dem er lange Zeit angehörte. Im Parteibetrieb entschieden und scharf, trat in den Verwaltungs- und Richterstellen, die er bekleidete, stets das Bewusstsein der Verantwortung für das Ganze zutage, insbesondere auch im Bundesgericht, in dem er der Staatsrechtlichen Abteilung zugeteilt war, wo er oft ein massgebendes Wort mitsprach. Seine Kampfnatur zeigte sich auch in der Liebe zum Schachbrett, auf dem er manchen friedlichen Streit ausgefochten hat.

Mit Dr. *Fritz Fick* von Zürich ist am Weihnachtsvorabend im Alter von 58 Jahren eine in der schweizerischen Juristenwelt und insbesondere auch im Schweizerischen Juristenverein wohlbekannte Gestalt abberufen worden, die noch lange in der Erinnerung fortleben wird, nicht nur der auffallenden äussern Erscheinung wegen, sondern auch wegen der eindrucksvollen Art seines Auftretens als Anwalt und als Votant. Aus dem Elternhause, einer Stätte feiner deutscher Kultur, brachte Fritz Fick eine ideale Lebensauffassung, ein starkes Pflichtbewusstsein und eine grosse Herzensgüte mit sich. Die Jurisprudenz, deren Studium er in Zürich, Erlangen und Leipzig oblag, wollte ihm zunächst nicht behagen, aber in der Praxis eröffnete sich ihm der Sinn und Zweck des Rechts, und sein Arbeitseifer und seine Gründlichkeit machten ihn bald zu einem der gesuchtesten und bekanntesten Anwälte, über die Grenzen des Kantons und der Schweiz hinaus. Er war ausserordentlich leistungsfähig und besorgte alle ihm übertragenen Geschäfte mit peinlicher Gewissenhaftigkeit. Neben der Tätigkeit als Anwalt und als Gutachter hat er sich auch literarisch betätigt: durch den bekannten grossen Kommentar zum Schweizerischen Obligationenrecht und durch eine grössere Anzahl von Abhandlungen, namentlich aus dem Gebiete des Versicherungs-, Aktien- und Wechselrechts. In der Politik trat er nur hervor, um seinem Gerechtigkeitsgefühl Ausdruck

zu geben. Seiner Bedeutung als Rechtsanwalt verdankte er die Berufung zum Präsidenten des zürcherischen Juristenvereins, des Vereins zürcherischer Rechtsanwälte und des Schweizerischen Anwaltsverbandes, sowie seine Ernennung zum Ersatzrichter im Kassationsgericht und zum Mitglied der Prüfungskommission für Rechtsanwälte. Auch dem Vorstand des Schweizerischen Juristenvereins gehörte er während einer Periode an. Er war einer der regelmässigsten Besucher der schweizerischen Juristentage und hat oft in die Diskussion eingegriffen, wobei seine Voten stets eine lebhafte Note trugen, wie er sich im Leben überhaupt jung, frisch und frohmütig erhalten hat. So war er in den übrigen Vereinen, denen er angehörte, überall ein belebendes Element und bildete im geselligen Kreise gleich den Mittelpunkt. Neben der Jurisprudenz hatte er Sinn für Literatur und Musik, war wohlthätig und hilfsbereit, was ihm auch über die Juristenkreise hinaus ein dankbares Andenken sichert.

Am 17. Februar 1930 ist in Lausanne *Jules Glardon* den Folgen eines Schlaganfalles erlegen, der ihn am 2. Dezember vorigen Jahres getroffen hatte. Geboren 1857, hatte er nach Studien an der Akademie von Lausanne im Jahre 1877 das Notariatspatent erworben. 1879 wurde er Substitut des Gerichtsschreibers des Bezirksgerichts Lausanne. Seit 1891 war er zuerst Substitut und dann Gerichtsschreiber beim waadtländischen Kantonsgericht, in das er im Jahre 1911 als Richter eintrat und das er zweimal präsidierte. In allen seinen Stellungen kamen ihm eine grosse Erfahrung und ein klarer Blick zustatten. In der Militärjustiz durchlief er eine ähnliche Laufbahn. Glardon war auch bei Finanzgeschäften beteiligt und Mitglied verschiedener geselliger und wohlthätiger Vereine, was ihn in weiten Kreisen bekannt und beliebt machte.

Mit *Hugo Mosimann*, der am 20. Februar einem Unfall zum Opfer fiel, ist in der Blüte der Jahre und mitten aus

emsigem und erfolgreichem Schaffen ein hervorragender Vertreter des bernischen Anwaltsstandes heimgegangen. Geboren 1881, war er nach Abschluss der Studien zum Kammerschreiber des bernischen Obergerichts und bald darauf zum bernischen Obergerichtsschreiber gewählt worden, wo er objektiv zu urteilen und gut zu redigieren lernte. Im Jahre 1911 trat er in ein Anwaltsbureau ein, das er im folgenden Jahre allein übernahm. Seine hervorragenden Kenntnisse und Fähigkeiten, namentlich die Schärfe des Blicks und die Sicherheit und das Masshalten in der Form machten ihn zu einem Musteranwalt. Er besass die Achtung der Kollegen und das Vertrauen nicht nur der Rechtsuchenden, sondern auch der Gerichte und wurde Suppleant des bernischen Obergerichts und Mitglied der bernischen Anwaltskammer. Im Militär kamen seine hervorragenden Eigenschaften ebenfalls zur Geltung. Er war längere Zeit Generalstabsoffizier und stand, als der Tod ihn erreichte, an der Spitze einer Infanteriebrigade. Trotz seines äussern Erfolges ist er bescheiden und einfach geblieben, ein Freund der Natur und des Volkes, aus dem er hervorgegangen war.

Dr. *Ludwig Siegmund* war nicht nur in seiner Vaterstadt Basel, sondern auch im Kreis der schweizerischen Juristen eine wohlbekannte und gerngesehene Erscheinung, hat er doch die Juristentage seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis in die letzte Zeit besucht, in der er das weisse Lockenhaupt so aufrecht trug wie vor 50 Jahren die schwarze Mähne. Geboren 1854, war er bald nach bestandnem Doktorexamen auf das Basler Grundbuchamt gekommen, einem Muster für städtische Verhältnisse, dem er von 1891 bis 1927 mit Auszeichnung und nie erlahmendem Interesse vorstand. Daneben wurde ihm 1880 die Führung des Handelsregisters von Basel übertragen. Auf beiden Gebieten wurde Siegmund vom Sachverständigen zur Autorität, die bei allen eidgenössischen und kantonalen Erlassen über diese Materien

beigezogen wurde, wie er mit Rücksicht auf seine besondern Fachkenntnisse auch Mitglied der Expertenkommission für das schweizerische Zivilgesetzbuch war. Daneben verfasste er ein Handbuch für die schweizerischen Handelsregisterführer und eine Instruktion für die Grundbuchverwalter. Siegmund war auch längere Zeit als Richter tätig; einmal als Suppleant des Strafgerichts und später als Ersatzrichter und Richter beim Zivilgericht. Er sass ferner als Richter in einem Divisionsgericht und war Mitglied der Prüfungskommission für die Notare. Einige Zeit gehörte er dem Grossen Rate und von 1917 bis 1927 dem Weitem Bürgerrat an, der ihn 1918 zum Statthalter und 1921 zum Präsidenten wählte. Im Schweizerischen Juristenverein referierte Siegmund im Jahre 1897 über das Firmenrecht, und öfters hat er bei den Verhandlungen in die Diskussion eingegriffen. Bei seinem siebzigsten Geburtstag und anlässlich seines 50jährigen Doktorjubiläums, im Jahre 1926, wurden unter Anteilnahme der Universität, der Kollegen und eines weitem Freundes- und Bekanntenkreises, sowie der Presse seine Verdienste um die schweizerische Rechtswissenschaft und das Rechtswesen gebührend gefeiert. Am 25. Februar 1930 ist er, nachdem er sich von seinen Ämtern zurückgezogen hatte, still heimgegangen.

Josef de Lavallaz, der am 22. März im Alter von 66 Jahren in Sitten verstarb, war allgemein gebildet und juristisch veranlagt und gut geschult. Er hatte eine ausgeprägte Eigenart, was ihn mit der Zeit abseits von der grossen Strasse führte. Das Prozessieren, auch in eigener Sache, wurde ihm fast zur Leidenschaft; das, was er für recht hielt, suchte er mit allen Mitteln durchzusetzen. Er kam so in Konflikt mit Kollegen und Behörden, bewahrte aber in seinen oft langwierigen Kämpfen stets eine gewisse Ritterlichkeit. Er war früher eine Zeitlang Professor an der Rechtsschule in Sitten und Generalprokurator des Kantons sowie Mitglied des Grossen

Rates gewesen und hatte als Anwalt stets grossen Zuspruch.

Mit Dr. *Hugo Oser* hat das Bundesgericht im Berichtsjahr einen zweiten schweren Verlust erlitten. Mit einem regen, für alles Geschehen, namentlich auch für die politischen Bewegungen offenen Geist verband er das Streben nach wissenschaftlicher Erfassung und Vertiefung der Probleme des Rechtslebens. Seine Laufbahn begann er als Gerichtsschreiber von Arlesheim, von wo er im Jahre 1894 als Professor des schweizerischen Privatrechts an die Hochschule in Freiburg berufen wurde. In dieser Stellung schuf er neben der Lehrtätigkeit einen vielbeachteten und -benutzten Kommentar zum Schweizerischen Obligationenrecht, von dem eine Neuauflage im Erscheinen begriffen war, als der Tod an ihn herantrat. Er wurde in die Expertenkommission für die Revision des Obligationenrechts und in diejenige für die Revision des Gesellschaftsrechtes berufen und blieb auch als Richter zeitlebens mit Männern der Wissenschaft in Verbindung. Es war gegeben, dass er im Bundesgericht, in das er als Kandidat der katholisch-konservativen Fraktion im Jahre 1912 gewählt wurde, der 1. Zivilabteilung zugeteilt wurde, die die Fälle aus dem Obligationenrecht und den Nebengesetzen, dem Spezialgebiet Osers, zu beurteilen hat. Er vertrat dabei die strengwissenschaftliche Richtung mit einem Einschlag sozialen Denkens. In der Musik und auf Reisen fand der früh Verwitwete Erholung und Abwechslung. Als er den Präsidialstuhl der 1. Zivilabteilung bestiegen hatte, befiel ihn eine schwere Krankheit, der er mit zäher Ausdauer widerstand, bis sie ihn niederzwang und im Alter von 66 Jahren am 16. März dahinraffte. Der Schweizerische Juristenverein hat ihn im Jahre 1923 in den Vorstand berufen und im Jahre 1926 auf den Präsidentenstuhl erhoben. Die Teilnehmer an den Juristentagen von Schwyz, Lugano und Zürich werden sich alle an die inhaltsreichen und tiefdurchdachten Eröffnungs-

und Bankettreden erinnern, die auch den Sarkasmus, der ihm eigen war, und eine kritische Note nicht vermissen liessen. Der Juristenverein darf seiner Leitung dankbar gedenken.

Im besten Mannesalter wurde am 5. März *Paul Morard*, Rechtsanwalt in Bulle, dahingerafft. Morard, eine kräftige Greyerzergestalt, war nach Abschluss der Studien in Freiburg und Basel früh ins öffentliche Leben eingetreten, in dem er infolge seiner Aufgeschlossenheit und infolge seiner Rednergabe bald in die vordern Reihen trat, zuerst als Gemeinderat von Bulle, dann als Grossrat und seit 1919 als Nationalrat. Er war ein gesuchter Anwalt und im ganzen Kanton und darüber hinaus bekannt und beliebt.

Ein Leben voll Tatkraft und Erfolg fand mit dem Tode von Dr. *Robert Witzinger-Schwabe* in Basel seinen frühzeitigen Abschluss. Fein veranlagt und vorzüglich ausgebildet, nicht nur in der Jurisprudenz, sondern auch in Literatur und Kunst bewandert, war er nach einiger Zeit Advokaturpraxis in Zürich sieben Jahre Sekretär des städtischen Bauamtes von Zürich, um dann wieder in die Advokatur zurückzukehren. Bei Kriegsausbruch wurde er von seiner Familie nach Basel zurückberufen, um die Leitung der „Nationalzeitung“ zu übernehmen. In rastloser Arbeit gab er dem Unternehmen eine breitere Grundlage und technisch, kaufmännisch und redaktionell neuen An- und Auftrieb, selbst stets an erster Stelle, ohne darob die häusliche, namentlich durch die Pflege der Musik gehobene Geselligkeit, zu vernachlässigen. Als die Aufgabe bei der „Nationalzeitung“ erfüllt war, trat er in die Leitung der Publicitas ein, bei der er ebenfalls neue Gedanken und Pläne zu verwirklichen suchte, als er nach 1 ¼jähriger Tätigkeit im Alter von 47 Jahren am 24. März abberufen wurde.

Am 21. April entschlief in Zürich, 62 Jahre alt, Rechtsanwalt *Walter Elsener* aus Menzingen. Aus der

kaufmännischen Laufbahn war er jung in die juristische hinübergetreten. Er war zuerst Rechtsagent, bestand später das Anwaltsexamen und betrieb nun mit Dr. Wyss ein bekanntes Bureau, das sich namentlich mit Geschäften aus dem Handelsrecht und mit der Technik des Handelsbetriebes, insbesondere der Buchhaltung, befasste. Elsener war der erste zürcherische Bücherrevisor und der erste Präsident des Zürcher Revisorenverbandes und wurde oft als Bücherexperte beigezogen.

Nationalrat *F. X. Eggspühler* hatte noch am Leichenbegängnis von Bundesrichter Oser teilgenommen, schon gezeichnet von der gleichen Krankheit, die ihn am 4. Mai im Alter von 69 Jahren dahinraffte. Nach Studien in Basel, Strassburg und Berlin war er jung schon in die gerichtliche Laufbahn eingetreten, die ihn vom Gerichtsschreiber zum Gerichtspräsidenten von Zurzach und 1905 in das Obergericht des Kantons Aargau führte. In allen Stellen erwarb er sich durch Unparteilichkeit, Gewissenhaftigkeit und praktisches Geschick grosses Ansehen. Daneben zog ihn die Politik an. Als Führer der katholisch-konservativen Partei seines Kreises wurde er 1893 in den Grossen Rat, den er 1904 präsidierte, und 1902 in den Nationalrat gewählt; er war auch lange Zeit Präsident des römisch-katholischen Synodalarates. Seine Volkstümlichkeit verdankte er ausser den beruflichen Fähigkeiten und Integrität seinem wohlwollenden Wesen und nie versiegenden Humor.

Am 21. Mai ist Dr. *Siegfried Rhonheimer* in Zürich, 42jährig, der Kugel eines fanatischen Gegners zum Opfer gefallen. Nach Studien in Zürich, Berlin und Leipzig, wo er doktorierte, wurde er Auditor bei der Bezirksanwaltschaft Zürich und bald Bezirksanwalt. Als solcher hatte er sich namentlich mit der Untersuchung der Kriegswuchersfälle zu befassen und wurde im Hinblick auf seine Spezialkenntnisse zum ausserordentlichen Staatsanwalt bestellt.

Die notwendige Strenge paarte sich mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl. Vom Jahre 1922 an widmete er sich der Advokatur, die er mit Erfolg betrieb. Daneben war er Kenner und Liebhaber der schönen Künste, insbesondere der Musik.

Oberst *Isaak Iselin* in Basel hatte eine reiche und glänzende richterliche, politische und militärische Laufbahn hinter sich, als er am 16. Juni im Alter von 79 Jahren dahinschied, nachdem er sich wenige Jahre vorher aus den öffentlichen Stellungen zurückgezogen hatte. In einem entwickelten Sinn für das Gemeinwesen zeigte sich bei ihm beste Basler Überlieferung. Seit 1878 sass er im Grossen Rat, im Jahre 1880 wurde er Zivilgerichtspräsident und 1893 Regierungsrat. Dieser Behörde gehörte er bis 1917 an, zuerst als Vorsteher des Polizei- und seit 1896 als solcher des Justizdepartementes. Nach dem Austritt aus der Regierung liess er sich zum Appellationsrichter wählen und hat dieses Amt erst 1925 aufgegeben, durch ein Augenleiden dazu gezwungen. Im Regierungsrat war er in hervorragender Weise an der Fortbildung der Bau-, Strassen- und Justizgesetzgebung von Basel beteiligt; unter anderm hat er die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt. Er war ein vorzüglicher Jurist und zeichnete sich in allen Ämtern durch ruhige Sachlichkeit und Sicherheit aus. Auch im Nationalrat, dem er von 1896 bis 1917 angehörte, nahm er eine sehr geachtete Stellung ein und beteiligte sich namentlich an den Beratungen über die Kranken- und Unfallversicherung und über die Militärorganisation. In glänzender militärischer Laufbahn stieg er bis zum Kommandanten eines Armeekorps auf, als welcher er bei Ausbruch des Weltkrieges einen Teil des Grenzschatzes zu übernehmen und zu leiten hatte.

Der im Juli 1930 verstorbene Obergerichter *Hans Reinhardt* war 1857 in Olten geboren, übte nach seinen Studien kurze Zeit den Fürsprecherberuf aus und wurde 1886 zum

Amtsschreiber von Olten-Gösgen gewählt, welches verantwortungsvolle Amt er bis 1900 versah. Damals berief ihn der Grosse Rat von Solothurn in das Obergericht und übertrug ihm bald darauf die Stelle des Vizepräsidenten dieser Behörde. Er gehörte ihr bis zu seinem Tode an und genoss als Richter wegen seiner unbeirrbaren Rechtlichkeit und vorbildlichen Pflichttreue höchstes Ansehen; besonders anerkannt waren seine tiefgründigen Kenntnisse auf dem Gebiete des Notariatswesens. Von 1904—1921 gehörte er als Vertreter der Katholisch-konservativen Partei dem Kantonsrate an, dem er 1909 als Präsident vorstand.

Eine schwere Krankheit hat am 19. August den Rechtsanwalt *Eduard Sulzer* im Alter von 66 Jahren dahingerafft. Nach Studien in Zürich, Leipzig und Strassburg war er zuerst Substitut beim Bezirksgericht Zürich und dann Bezirksanwalt. 1892 wurde er Polizeiinspektor von Zürich, wandte sich aber bald der Advokatur zu, die er mit grossem Geschick und Erfolg betrieb. Sulzer war ein eifriger Militär und brachte es zum Brigadekommandanten. Ein feines Wesen zeichnete ihn aus und machte ihn über die Fachkreise hinaus bekannt und beliebt.

Endlich ist im Berichtsjahr gestorben Dr. *Alfred Caleb*. 1883 in Bulgarien geboren, war er licencié ès sciences politiques und docteur en droit von Genf. Seit 1907 lehrte er an der dortigen Rechtsfakultät als Privatdozent das internationale Recht.

II.

Der Vorsitzende verliest hierauf folgenden *Jahresbericht der Rechtsquellenkommission*, erstattet von deren Präsidenten, Herrn Oberrichter Dr. W. Merz in Aarau:

„Im Berichtsjahre ist der zweite Band der Genfer Rechtsquellen ausgegeben worden; der Bearbeiter, Herr Dr. E. Rivoire, wird nun den dritten (und letzten) Band

druckfertig machen. Im Druck befindet sich das Stadtrecht von Estavayer, bearbeitet von Herrn B. de Vevey. Hoffentlich wird auch mit dem Druck der Rechtsquellen der Grafschaft Baden begonnen werden können. Die Neuordnung des aargauischen Staatsarchivs, die der Berichterstatter durchführt, hat prächtige Bestände noch nicht veröffentlichter Quellen zutage gefördert. Im Berichtsjahre ist eine Serie Aargau verbilligt mit Subskriptionspflicht für die Fortsetzung abgegeben worden.

Die Kommission ersucht den Juristenverein, ihr wie bisher den Beitrag von Fr. 1000.— zu gewähren.“

Dies wird beschlossen.

III.

Monsieur *Frédéric Martin*, avocat, caissier de la Société, présente les comptes pour l'exercice écoulé (1^{er} juillet 1929 au 30 juin 1930).

Compte ordinaire.

Les *recettes* de l'exercice se sont élevées à . fr. 11,446.05
se décomposant comme suit:

Cotisations	fr. 8,624. —
Ventes de brochures	„ 369.50
Intérêts des capitaux	„ 2,452.55
	fr. 11,446.05

Les *dépenses* se sont élevées à „ 12,178.—
se décomposant comme suit:

Frais généraux	fr. 3,169.80
Frais d'impression	„ 7,608.20
Subvention aux „Sources du Droit“	„ 1,000. —
Prix de concours	„ 400. —
	fr. 12,178. —

L'excédent des dépenses sur les recettes est donc de fr. 739.95.

La <i>fortune</i> de la Société qui était au 1 juillet	
1929 de	fr. 58,131.75
a augmenté d'une plus-value	
sur titre de	fr. 836.60
et diminué de l'excédent des	
dépenses sur les recettes soit	
de	„ 731.95
Elle présente donc une augmentation de . .	„ 104.65
Ce qui porte la fortune de la Société au	
30 juin 1930 à	Fr. 58,236.40
représentés par:	
la Banque Cantonale Vau-	
doise	„ 58,288.—
à déduire dû au caissier . .	„ 51.60
	<u>fr. 58,236.40</u>

Compte spéciale:

Fonds spécial pour la publication des „Sources du Droit suisse“.

Les *recettes* se sont élevées à fr. 9,674.85
se décomposant comme suit:

Subventions:

de la Société	<u>fr. 1000.—</u>	
de la Confédération	„ 3000.—	fr. 4,000.—
Intérêts	„ 5,674.85	
		<u>fr. 9,674.85</u>

Les <i>dépenses</i> se sont élevées à	„ 8,208.60
Frais d'impressions diverses .	fr. 62.60
Vol. II Genève	„ 8,146.—
	<u>fr. 8,208.60</u>

Laissant par conséquent un excédent de re-
cettes sur les dépenses de fr. 1,466.25

Le capital du „Fonds“ qui était au		
1 ^{er} juillet 1929 de	fr. 126,158.50	
s'est augmenté de l'excédent		
des recettes sur les dépenses	fr. 1,466.25	
et de la plus-value des titres	„ 1,606.35	
	fr. 3,072.60	„ 3,072.60
Il est donc au 30 juin 1930 de	fr. 129,231.10	
représenté par: Titres à la Banque Can-		
tonale Vaudoise	fr. 129,150.60	
dû par le caissier	„ 80.50	
	fr. 129,231.10	
Fortune de la Société	fr. 58,236.40	
Fonds spécial	„ 129,231.10	
	fr. 187,467.50	
A la Banque Cantonale Vaudoise:		
Fonds ordinaire	fr. 58,288.—	
Fonds spécial	„ 129,150.60	
	fr. 187,438.60	
En caisse	„ 28.90	
Total	fr. 187,467.50	

Mr. le juge fédéral Merz remercie Mr. Frédéric Martin. Sont nommés *Vérificateurs de comptes* Monsieur le Dr. *Schindler*, président du Tribunal civil à Glaris, et Monsieur le Dr. *Seeger*, avocat à Arbon.

IV.

Le caissier présente le *Budget* pour l'année 1930/1931.

Compte ordinaire.

Dépenses:

Frais généraux	fr. 3,100.—	
Frais d'impression	„ 5,000.—	
Subvention aux Sources du droit	„ 1,000.—	
Prix de concours	„ 1,500.—	
Dépenses pour la fête de Stans	„ 500.—	
	fr. 11,100.—	fr. 11,100.—

<i>Recettes:</i>	Report fr. 11,100.—
Cotisations	fr. 8,400.—
Intérêts des capitaux	„ 2,200.—
	fr. 10,600.— „ 10,600.—
Excédent des dépenses sur les recettes . .	fr. 500.—

Fonds spécial pour la publication des „Sources du droit“.

<i>Dépenses:</i>	
Impressions	fr. 10,000.—

<i>Recettes:</i>	
Subvention de la Société . .	fr. 1,000.—
de la Confédération „	3,000.—
Intérêts des capitaux	„ 5,600.— „ 9,600.—
Excédent des recettes	fr. 400.—

Le budget est adopté.

V.

Im Namen des aus den Herren Bundesrichter Dr. *Plinio Bolla*, Professor Dr. *W. Burckhardt* und Dr. *W. Stucki*, Direktor der Handelsabteilung des eidg. Volkswirtschaftsdepartements, bestehenden *Preisgerichts*, referiert Professor Burckhardt über die eingegangenen Preisarbeiten wie folgt:

„Der Vorstand unseres Vereins hat durch die Preisaufgabe: ‚Kartelle, Trusts und Monopole im Verhältnis zur Handels- und Gewerbefreiheit‘ ein Problem abklären wollen, das gegenwärtig vom wirtschaftlichen wie auch vom rechtspolitischen Standpunkt aus grosse Bedeutung hat und lebhaft diskutiert wird. Es sind zwei Preisarbeiten eingegangen. Die eine mit dem Motto: ‚*Libertas renascetur*‘, die andere mit dem Motto: ‚*Carpe diem*‘.

Die Arbeit mit dem Motto: ‚*Libertas renascetur*‘ behandelt in einem ersten Teile die öffentlich-rechtliche Handels- und Gewerbefreiheit und die Zulässigkeit rechtlicher und faktischer Monopole der Gemeinwesen nach diesem Grundsatz; in einem zweiten Teile die ‚private Ge-

werbefreiheit' und die Zulässigkeit der Kartelle, Truste und des Boykotts nach den Grundsätzen des Privatrechts. Der erste Teil stellt die Praxis übersichtlich dar. Als ,private Gewerbefreiheit' bezeichnet der Verfasser die als Schranke der Vertragsfreiheit und als Teil des Persönlichkeitsschutzes des ZGB gedachte Gewerbefreiheit, ohne diese Auffassung aber genügend zu begründen und klar genug zu fassen. Im zweiten Teil vertritt der Verfasser die Ansicht, die in Kartellen getroffenen Verabredungen verletzen zwar nicht die ,objektive' Gewerbefreiheit gegenüber Mitgliedern, wohl aber die ,subjektive', wenn sie die wirtschaftliche Existenz der Mitglieder gefährdeten. Und gegenüber Dritten seien sie, namentlich in der Form des Boykotts, nur zulässig, sofern sie sich auf einen besonderen Rechtsgrund stützen könnten; andernfalls stellten sie einen mit Art. 29 OR unvereinbaren ,Organisationszwang' und damit einen Eingriff in die im Persönlichkeitsrecht inbegriffene Gewerbefreiheit dar.

Der Verfasser hat sich bemüht, das schwierige Thema zu meistern; er hat die Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur darüber fleissig studiert, und eine selbstständige Lösung der privatrechtlichen Frage versucht, die sich neben andern sehen lässt. Um die Frage ganz abzuklären, hätte er aber das Verhältnis der von ihm so genannten privaten Gewerbefreiheit zur öffentlich-rechtlichen des Art. 31 BV oder besser: das Verhältnis der privatrechtlichen Ordnung des Vertrags- und Verbandsrechts überhaupt, und der Kartelle und Truste im besondern zum Verfassungsgrundsatz überhaupt untersuchen müssen. Er hätte auch gut getan, die in der Schweiz und im Völkerbund gepflogenen Beratungen zu berücksichtigen. Die Arbeit ist endlich methodisch nicht ganz einwandfrei, z. B. in der Verwendung des Organisationszwangs als Rechtsbegriff.

Die Arbeit: ,*Carpe diem*' befasst sich weniger einlässlich mit der privatrechtlichen Zulässigkeit der Kartelle und Truste und mit der theoretischen Frage nach dem

Verhältnis zwischen der verfassungsrechtlichen Gewerbe-freiheit und der privatrechtlichen Ordnung. Sie stellt dagegen die Frage auf einen breiteren Boden, indem sie den Widerspruch anschaulich macht, der sich im Laufe der Zeit ergeben hat zwischen dem von der Verfassung erstrebten und dem tatsächlich eingetretenen Zustand und nun fragt: wie dieser Zustand *de lege lata* und wie er *de lege ferenda* zu beurteilen sei. *De lege lata*, sagt er wohl mit Recht, sei der Zustand durchaus verfassungsmässig, da die Kartellierung und Vertrustung selbst die Betätigung der mit der Gewerbefreiheit gegebenen Bewegungsfreiheit sei. *De lege ferenda* dagegen müsse man anerkennen, dass die von der Freiheit genommene Wendung staatliche Einschränkung erfordere. Als Beitrag zu diesem gesetzgeberischen Probleme wird dargestellt, wie die andern Staaten versucht haben, sie zu lösen, und dieser umfassende Überblick ist vielleicht der wertvollste Teil der Arbeit. Die Vorschläge des Verfassers selbst gehen nicht über allgemeine Andeutungen hinaus. Die Sprache leidet an jener Gespreiztheit des Ausdruckes, die heute Mode zu sein scheint. Der Fehler wird sich aber verbessern lassen.

Im ganzen genommen ist diese zweite Arbeit nicht nur umfangreicher (141 gegen 74 Seiten); sie beruht auch auf gründlichen wirtschaftlichen und umfassenden rechtsvergleichenden Untersuchungen.

Der Verfasser vermittelt nicht nur dem Juristen, sondern auch dem Volkswirtschaftler und Politiker wertvolles Material und interessante Gedanken. Er unterscheidet aber nicht genug zwischen Erwägungen *de lege lata* und *de lege ferenda* und erwartet zuviel von ausländischen Vorbildern. Dagegen hätte er die Erfahrungen des Auslandes und die der Schweiz mehr zu Rate ziehen können; es wäre angezeigt gewesen, die neuen Versuche mit staatlich kontrollierten Zwangsorganisationen zu würdigen.

Beide Arbeiten verdienen nach Ansicht des Preisgerichts einen Preis; die Arbeit ‚*Carpe diem*‘ einen ersten von Fr. 1000.—; die Arbeit ‚*Libertas renascetur*‘ einen

zweiten von Fr. 500.—. Der Druck der beiden Arbeiten wäre wünschenswert.“

Auf den Antrag des Vorstandes wird den Vorschlägen des Preisgerichts hinsichtlich der Zuerkennung der Preise zugestimmt. Betreffs der Drucklegung soll es dem Vorstand überlassen bleiben, mit den Verfassern in Verbindung zu treten, ev. den Druck selbst zu übernehmen oder einen Beitrag zu leisten.

Die Eröffnung der versiegelten Umschläge, die den Namen der Verfasser enthalten, ergibt: für „Carpe diem“ Herrn Dr. *M. Feldmann*, Fürsprecher in Bern; für „Libertas renascetur“ Herrn Dr. *Ed. Zellweger*, Rechtsanwalt in Zürich.

VI.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung hinsichtlich der Fortführung des Werkes „Das Zivilprozessrecht der Schweiz“ folgenden Antrag des Vorstandes, den er näher begründet:

1. Von dem von Herrn Bundesrichter Dr. Schurter begonnenen, von Herrn Professor Dr. Fritzsche weitergeführten Werk „Das Zivilprozessrecht der Schweiz“ soll ein erster Halbband des zweiten Bandes: Die geschichtlichen Grundlagen des kantonalen Rechts, herausgegeben werden.

2. Der Präsident wird ermächtigt, mit Herrn Professor Dr. Fritzsche und der Firma Rascher & Cie. A.-G. in Zürich auf Grund ihrer Angebote die nötigen Abmachungen zu treffen; insbesondere wird er ermächtigt, der Firma Rascher & Cie. einen Beitrag von Fr. 200.— für den Druckbogen zuzusichern, unter der Bedingung, dass der Halbband an den Verein und seine Mitglieder zum ermässigten Preise von Fr. 12.— für das broschierte und von Fr. 15.— für das gebundene Exemplar abgegeben wird.

3. Für die Herausgabe ist ein angemessener Beitrag der Eidgenossenschaft nachzusuchen. Der Beschluss fällt dahin, wenn ein solcher nicht erhältlich sein sollte.

VII.

Für die nächste Jahresversammlung liegt eine schriftliche Einladung des Juristenvereins von Schaffhausen vor, die — von Herrn Rechtsanwalt Dr. Peyer mündlich wiederholt — mit grossem Beifall begrüsst und vom Vorsitzenden lebhaft verdankt wird.

Sitzung vom 15. September 1930.

Vorsitzender: Herr Bundesrichter Dr. V. Merz, Lausanne.

Eröffnung der Sitzung um 8½ Uhr.

VIII.

Für die Protokollierung der französischen Voten wird dem Protokollführer Herr *Béguin* jun. beigegeben.

IX.

Auf den Antrag des Vorstandes richtet die Versammlung an Herrn Obergerichter Dr. *Placid Meyer von Schauensee* in Luzern anlässlich seines 80. Geburtstages folgendes Sympathietelegramm: „Der heute in Stans versammelte Schweizerische Juristenverein bringt seinem seit 1878 dem Verein angehörenden Mitglied Herrn Obergerichter Dr. Placid Meyer von Schauensee, der sich als Richter und Gelehrter eine hervorragende Stellung im Rechtsleben errungen hat, bei seinem Eintritt in das neue Dezennium seines Lebens herzliche Glückwünsche dar.“

X.

Es folgt hierauf die Diskussion über das Thema:

Haftpflicht ohne Verschulden.

Der deutsche Berichterstatter, Prof. Dr. A. *Homberger* in Bern, verweist auf das gedruckt vorliegende Referat, in

welchem er versucht habe, darzutun, dass für das allgemeine Haftpflichtrecht die Rechtswidrigkeit oder Unerlaubtheit das umfassende Prinzip sei, das Verschulden aber in seinem objektiven zivilistischen Sinne vielfach nur als Fiktion zur Bestimmung der feineren Grenze der Rechtswidrigkeit in Betracht falle. Daraus ergebe sich der Gegensatz zwischen Deliktshaftung und Verursachungshaftung. Diese erscheint, so führt der Referent weiter aus, als eine Auflage bei erlaubter Handlung. Der Handelnde erhält die Befugnis zu einem andere gefährdenden Handeln und soll — ganz ähnlich wie bei gewissen Vertragsverhältnissen — für allfällig entstehenden Schaden aufkommen. Dabei muss man sich aber bewusst bleiben, dass es im Grunde vielfach schwierig ist, zwischen unerlaubter Handlung und erlaubter Handlung begrifflich die Grenze zu ziehen. In den vielen Fällen, wo die Entschädigungspflicht die einzige Sanktion bei Übertretung einer Norm ist, besteht kein Unterschied, ob die Ersatzpflicht als Folge der unerlaubten Handlung bezeichnet wird oder als Folge der Auflage dafür, dass die Handlung gestattet worden, also rechtmässig sei. Die erwähnte Unterscheidung verliert damit wieder viel von ihrer Grundsätzlichkeit, und es werden damit diese angeblichen Prinzipien eigentlich nur Konstruktionen zur Erreichung des gleichen Zieles.

Hinsichtlich der Automobile dürften heute die Voraussetzungen für die Einführung der Kausalhaftung gegeben sein. Zuzugeben ist dabei, dass eine gewisse Gefahr für verminderte Sorgfalt einzelner Fahrer bestehen mag. Es stehen dieser indes entgegen die Strafbestimmungen, die Möglichkeit einer hohen Genugtuung bei gröberem Verschulden und nötigenfalls ein Rückgriffsrecht des Versichers auf den Fahrer.

Wenn der Gesetzgeber nun aber einmal zur Kausalhaftung übergeht, so dürfte es geboten sein, der einmal gewählten Haftungsgrundlage auch hinsichtlich der Entlastung treu zu bleiben, wenn anders das Haftpflichtrecht nicht in sich selbst einen Widerspruch aufweisen soll.

Wenn die Kausalität zwischen Betriebsgefahr und Schaden zur Haftung führt, so muss fehlende Kausalität zur Entlastung führen, mit andern Worten, in dem Masse, als der Schaden auf ein ausserhalb der Betriebsgefahr liegendes Moment zurückzuführen ist, soll die Haftung entfallen. Auf das sog. Mitverschulden kommt es nicht in erster Linie an (vgl. These 4). Dergestalt wird es auch möglich sein, die Frage des unentgeltlichen Mitfahrens befriedigend zu lösen, ohne dass es einer besonderen, in solchen Fällen immer zu starren Bestimmung bedarf. Wer unentgeltlich mitfährt, mag in vielen Fällen einen Teil des Risikos auf sich nehmen, so dass hier Umstände vorliegen können, welche der Verletzte ganz oder zum Teil selbst zu vertreten hat.

Le rapporteur français, Mr. le professeur *Max Petit-pierre*, de Neuchâtel, explique que la première question qui se pose, à propos de la responsabilité des automobilistes, est celle de savoir s'il est opportun de légiférer, ou si les dispositions générales du CO en matière de responsabilité, sont suffisantes.

L'automobiliste a créé une véritable lutte de classes, une de ces classes étant formée des automobilistes, l'autre de ceux qui usent de moyens de locomotion plus modestes, le voiturier, le cycliste, le piéton. Cette lutte se manifeste sur la route — mais aussi devant les tribunaux, où s'opposent presque toujours les appréciations de l'automobiliste et de sa victime et celles des témoins qui prennent parti en général avec passion pour l'un ou pour l'autre.

La position prise par la jurisprudence, lorsqu'un conflit s'élève entre un automobiliste et un autre usager de la route, est nettement défavorable à l'automobiliste. Les tribunaux ont en effet élargi à son détriment la notion de la faute au sens des art. 41 et s. CO dans une telle mesure, que l'on peut affirmer que pratiquement les automobilistes sont soumis à une responsabilité spéciale qui, sous l'apparence de la responsabilité délictuelle ordinaire, se rap-

proche singulièrement d'une responsabilité causale. Plusieurs dispositions du concordat intercantonal sur la circulation, notamment celles qui règlent la vitesse, sont inapplicables et aucun automobiliste ne les observe: il n'y a que le juge qui les applique; elles lui permettent presque toujours de condamner un automobiliste, lors même qu'objectivement on ne saurait lui reprocher une faute au sens de l'art. 41 CO.

A première vue, le système actuel paraît donc sauvegarder suffisamment les intérêts des victimes d'accidents, d'autant plus que les compagnies d'assurance qui couvrent les automobilistes, transigent la plupart des cas, même ceux où il est douteux que la responsabilité de leur assuré soit engagée.

Néanmoins, le régime actuel ne peut pas être qualifié de satisfaisant. Tous les problèmes se rattachant à la circulation doivent faire l'objet d'une réglementation nouvelle — notamment celui de la responsabilité des automobilistes. Ceux-ci se plaignent, et souvent avec raison, d'être condamnés pour une faute qu'ils n'ont pas commise, ils ont le sentiment d'une injustice qui leur est faite. D'autre part, c'est un besoin d'équité qui pousse le juge à faire supporter un dommage par l'automobiliste, plutôt que par le lésé: il justifie sa décision en construisant une faute parce que la loi actuelle l'y oblige. Cet état de choses est anormal. Il est nécessaire de mettre en harmonie les textes légaux et les nécessités pratiques et pour cela de soumettre les automobilistes à des règles de responsabilité spéciales.

Sur le système à introduire, je pense qu'il faut partir de l'idée que l'automobile crée un risque, est une source de dangers, et qu'en principe, lorsqu'un dommage se produit en relation avec l'emploi d'une automobile, l'automobiliste est tenu de le réparer, même si aucune faute ne peut être relevée contre lui. Il est normal que celui qui retire tous les avantages d'une chose, qui par l'emploi de cette chose crée un danger pour autrui, cause un dom-

mage à son prochain, répare ce dommage, même s'il ne sort pas des limites de son droit, c'est à dire même si le dommage se rattache à l'emploi normal de l'automobile. Cette idée conduit à faire peser sur l'automobiliste, en cas d'accident, une présomption de responsabilité, cette présomption découlant d'un simple rapport de causalité entre l'emploi de l'automobile et le dommage.

Comment cette présomption peut-elle être renversée? En tout état de cause par la preuve que l'accident est dû à la force majeure, ce qui ne se produira qu'exceptionnellement. En cas de faute de la victime, une question délicate et essentielle se pose: quelle sera l'influence de cette faute? Si l'on admet une responsabilité causale dans le sens de celle des chemins de fer, la faute du lésé n'est pas en principe exclusive de la responsabilité de l'automobiliste; le juge tiendra compte de cette faute et la fera intervenir comme cause de l'accident, en concours avec le risque inhérent à l'automobile, ce qui l'amènera à répartir le dommage entre l'automobiliste et la victime. En cas de faute très grave de la victime, l'automobiliste peut être libéré. Cette solution ne me paraît pas satisfaisante. Elle crée une inégalité inadmissible entre l'automobiliste et les autres usagers de la route.

La route appartient à tout le monde: automobilistes, piétons, voituriers, etc.; aucun d'eux n'a de prérogative sur les autres. La circulation est régie par des règles que chacun doit observer. Si ces règles étaient respectées par tout le monde, des accidents ne se produiraient qu'exceptionnellement. Il me paraît juste et logique de faire supporter par celui qui commet une infraction aux règles de la circulation, qui se comporte d'une manière imprudente ou négligente, les conséquences du dommage qu'il cause, et s'il le cause à lui même, de son propre dommage.

En outre, l'union de ces deux éléments, faute du lésé et risque créé par l'automobiliste, comme causes concurrentes du dommage, n'est pas satisfaisante du point de vue de la logique. Quelle que soit la gravité de la faute du lésé,

il est évident que si une automobile ne se trouvait pas là pour donner à cette faute des conséquences fâcheuses, le dommage ne se serait pas produit. Il n'est donc pas rationnel, lorsque l'accident se rattache à une faute du lésé, de considérer qu'elle dégage l'automobiliste de toute responsabilité, si cette faute est grave, alors qu'elle atténue seulement la responsabilité, si elle est légère. Dans l'un et l'autre cas, la faute du lésé interrompt le rapport de causalité entre le dommage et le risque inhérent à l'emploi de l'automobile. *C'est en raison seulement de cette faute que le risque s'est transformé en dommage.*

J'arrive ainsi à ce résultat que l'automobiliste peut renverser la présomption de responsabilité qui pèse sur lui, en établissant, d'une part, qu'aucune faute n'a été commise dans l'emploi de l'automobile, soit par lui, soit par un tiers autorisé, d'autre part, que le dommage est dû à une faute du lésé. Pratiquement, le dommage sera supporté par celui, automobiliste ou lésé, qui aura commis une faute, et en l'absence de toute faute, il devra être réparé par l'automobiliste. Pour qu'une faute du lésé puisse être retenue, il faut que celui-ci ait la capacité de discernement, conformément aux principes généraux, de sorte que l'automobiliste sera responsable dans les cas fréquents, où la victime est un enfant, qui n'avait pas la faculté de se rendre compte du danger qu'il courait, en se comportant imprudemment sur la route.

Fréquemment, un dommage se produit ensuite de la collision de deux automobiles. Le lésé sera l'un ou l'autre, éventuellement l'un et l'autre des automobilistes et souvent un tiers se trouvant dans l'une des voitures. Il n'y aura pas de responsabilité causale d'un automobiliste à l'égard de l'autre, mais le dommage sera réparé par celui qui a commis une faute, et si l'un et l'autre sont fautifs, par chacun d'eux, proportionnellement à la gravité de sa faute.

Que faut-il entendre par automobiliste, c'est-à-dire sur qui la présomption de responsabilité doit-elle peser? Cette présomption étant la contrepartie du profit retiré

par une personne de l'emploi d'une automobile et du risque qu'elle crée pour autrui par cet emploi, il est logique de faire supporter la responsabilité par le détenteur, c'est-à-dire par celui qui a l'usage de l'automobile et qui ne sera nécessairement ni le propriétaire, ni le conducteur. En règle générale, le détenteur sera le titulaire du permis de conduire. Le conducteur de l'automobile ne pourra être recherché par le lésé qu'en cas de faute: c'est seulement dans cette éventualité qu'il sera responsable solidairement avec le détenteur. La responsabilité du détenteur sera également engagée, lorsque l'automobile est conduite par un tiers, à moins que celui-ci ne s'en soit emparé à son insu. Il serait excessif de mettre à la charge du détenteur le dommage causé par un voleur: le détenteur pourra toutefois être actionné, si le vol de sa voiture n'a été possible que par une négligence de sa part (ainsi parce qu'il a laissé sa voiture pendant la nuit dans une rue, sans l'avoir fermée à clef, sans avoir enlevé la clef de contact, etc.).

En principe, la responsabilité du détenteur est engagée causalement à l'égard de toute victime d'un dommage en relation avec l'emploi de l'automobile. J'estime toutefois qu'une exception doit être faite pour les personnes transportées gratuitement, ainsi invité, passant recueilli charitablement sur la route. Ces personnes-là, aussi bien que le détenteur, ont l'usage au moins temporaire de l'automobile qu'elles occupent, participent de ses avantages. En consentant à y prendre place, elles acceptent le risque inhérent à l'automobile. La ratio legis qui justifie la responsabilité causale de l'automobiliste à leur égard est en défaut: la conséquence à en tirer est que celui qui a accepté le risque inhérent à l'automobile, ne doit pouvoir rechercher l'automobiliste, que si le dommage est imputable à une faute de sa part, conformément aux principes généraux.

Actuellement, l'automobiliste, qui a causé un dommage, doit être recherché devant les tribunaux de son domicile, comme le veut l'art. 59 de la Constitution fédérale. Aussi l'habitude s'est-elle répandue de chercher à

obtenir par la voie pénale la réparation du dommage: on dépose une plainte pénale et des conclusions civiles, et comme en général l'automobiliste est condamné, le procès suit son cours devant le juge pénal. On ne saurait assez s'élever contre la confusion qui me paraît devenir de plus en plus générale, entre les règles du droit pénal et les principes de la responsabilité civile, confusion qui a abouti à une pratique malsaine. La facilité avec laquelle on condamne actuellement les automobilistes au pénal, enlève son sens à la peine. Autant une condamnation est justifiée, lorsque la culpabilité de l'automobiliste est nettement établie, autant elle prend un caractère vexatoire, lorsqu'elle repose sur des preuves douteuses et n'a pour but que de permettre au plaignant d'obtenir la réparation du dommage qu'il a subi. On doit chercher à mettre fin aux abus qu'entraîne cette confusion entre le civil et le pénal, en accordant au lésé le for du lieu de l'accident, alternativement avec celui du domicile du défendeur. Aucune raison de principe ne s'y oppose. Le législateur fédéral lui-même a d'ailleurs, déjà consacré à plusieurs reprises d'autres fors que celui du domicile du défendeur, en dérogation à l'article 59 de la Constitution fédérale.

Une dernière question que soulève notre sujet, est celle de l'assurance obligatoire des automobilistes. Cette assurance existe déjà, mais elle est insuffisante. Il y a trois points sur lesquels cette question doit être revue: tout d'abord les sommes minimales, prévues par le concordat comme chiffres d'assurance, sont trop basses. Le dommage causé par un accident est quelquefois considérable, et la situation financière de l'automobiliste ne permet souvent pas au lésé d'obtenir la différence entre la somme pour laquelle la Compagnie d'assurance intervient, et le montant effectif du dommage.

Ensuite, il arrive que l'assureur invoque, pour refuser d'intervenir, la nullité du contrat d'assurance ou l'inobservation de ses clauses par l'assuré ou encore une faute grave de ce dernier. Dans ces trois éventualités, le lésé

court le risque de ne pouvoir obtenir la réparation qui lui est due. Il n'est évidemment pas possible de faire intervenir une compagnie d'assurance en vertu d'un contrat nul, puisqu'il n'y a aucun lien de droit entre elle et son pseudo-assuré. Par contre, l'intérêt du lésé exige qu'une compagnie ne puisse refuser son intervention, en invoquant que l'assuré n'a pas observé certaines clauses du contrat (avis tardif de sinistre, reconnaissance de sa responsabilité, p. ex.), ou a commis une faute grave. Un droit de recours doit être accordé à l'assureur contre l'assuré dans ces deux éventualités.

Enfin, je crois qu'un droit direct accordé au lésé contre l'assureur faciliterait dans une grande mesure le règlement des sinistres.

La situation de l'assureur serait aggravée par ce renforcement des garanties données au lésé pour la réparation de son dommage. Il en résultera nécessairement une augmentation des primes.

Voilà très brièvement résumées, les solutions qui me paraissent devoir être données aux différents problèmes que soulève la responsabilité des automobilistes. Qu'elles soient retenues ou que d'autres paraissent meilleures, il est urgent qu'une législation nouvelle soit adoptée et règle la question de la responsabilité des automobilistes, comme d'ailleurs toutes les questions se rattachant à la circulation, d'une manière plus satisfaisante et plus conforme aux nécessités actuelles, que les lois qui régissent aujourd'hui cette matière.

Rechtsanwalt *L. V. Bühlmann* in Zürich begrüsst die Thesen von Prof. Homberger. Da der gesteigerte Autobetrieb eine allgemeine Gefahr für die höchsten Lebensgüter der Menschen (Leben und Gesundheit) in sich trägt, kann die Kollektivverantwortung der an diesem Gefährzustand Beteiligten auch von einem rechtlich gesinnten Automobilisten nicht mehr abgelehnt werden. Wie jeder gesellschaftliche Fortschritt, so fordert auch der Ausbau

des Automobilhaftpflichtrechts Konzessionen einzelner, hier also des Automobilisten. Da der Autobetrieb aber auch gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Aufgaben erfüllt, dürfen die Interessen des Automobilisten nicht in einem unbilligen Mass zurückgedrängt werden. Durch eine Kausalhaftung mit entsprechenden Gegensicherungen des Automobilisten, wie sie in der obligatorischen Versicherung zum Ausdruck kommt, gewinnt der Automobilist grundsätzlich ethisch und wirtschaftlich. Auch werden dadurch unzählige prozessual weitläufige Streitigkeiten ausgeschaltet. In der Richtung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bringt die Kausalhaftung dem Automobilisten eine mildere Position, weil der Geschädigte strafrechtlich nicht mehr mit der gleichen Leidenschaft vorgehen wird, wie wenn ein langwieriger Zivilprozess auf Grund des Verschuldensprinzips in Aussicht steht.

Nur ausschliessliches Selbstverschulden des Geschädigten darf zum Ausschluss der Schadenersatzpflicht führen. Bei einem hohen Grad des Mitverschuldens sind die Schadenersatzansprüche entsprechend herabzusetzen, gänzlich ausschliessen darf man sie nicht, solange die Autobetriebsgefahr kausal mitgewirkt hat.

Dr. *Meyer-Wild*, Rechtsanwalt in Zürich, begrüsst es im Hinblick auf die kommende Automobilgesetzgebung, dass auch dem Verhalten des Geschädigten, der durch ein unrichtiges Verhalten den Verkehr gefährdet, eine grössere Bedeutung beigelegt wird. Nicht nur der Automobilist, auch die übrigen Strassenbenützer sollen besser erzogen werden. Wenn der allgemeine Verkehr den Vorschriften der modernen Technik angepasst wird, so wird es dem Automobilisten viel leichter sein, den Entlastungsbeweis zu leisten.

Aus sozialen Erwägungen heraus sollte aller Schaden, der durch den Gebrauch eines Automobils verursacht wird, gedeckt werden. Es sollte deshalb darauf Bedacht genommen werden, dass die Versicherungsgesellschaften

ihre Leistungspflicht nicht mit der Einrede der Ungültigkeit des Versicherungsvertrages ablehnen können.

Dr. *Schindler*, Gerichtspräsident in Glarus, begrüsst es, dass die beiden Referenten die Frage in der dem Volksbewusstsein entsprechenden Richtung eines besseren Schutzes gegen die Autogefahr beantwortet haben. Ebenso dass der Halter des Automobils haften soll. Insbesondere aber begrüsst er es, dass der Geschädigte die Möglichkeit haben soll, den Schädiger entweder an seinem Wohnsitz oder am Orte der Schadenszufügung zivilrechtlich zu belangen. Es sollte auch darnach gestrebt werden, dass die Automobilhaftpflichtprozesse möglichst direkt gegen die in letzter Linie haftenden Versicherungsgesellschaften geführt werden können.

Monsieur *Piccard*, juge au Tribunal fédéral des assurances, se rallie, dans leurs grandes lignes, aux thèses de M. Homberger. Il irait même encore un peu plus loin que celui-ci dans la direction de la couverture intégrale du dommage, le cas de faute de la victime excepté. Ainsi p. ex. il se demande s'il se justifie réellement d'exclure ou de réduire la responsabilité du détenteur de l'automobile qui a causé l'accident (et par là, indirectement, celle de l'assurance et, en fin de compte, grâce au jeu des primes, celle de la totalité des automobilistes), en cas de *faute d'un tiers*. Doit-on vraiment renvoyer la victime d'un accident d'automobile à rechercher ce tiers souvent insolvable si ce n'est introuvable alors que, tout bien pesé, les accidents causés par la faute d'un tiers constituent eux aussi un risque inhérent à l'automobilisme? Exemple: fausse manœuvre du conducteur causée par l'attitude téméraire ou simplement maladroite d'un autre automobiliste, d'un charretier, d'un cycliste ou même d'un piéton.

Mais ce qui devrait former le contre-poids de toute cette responsabilité étendue de l'automobiliste ou plutôt de l'automobilisme — et c'est là-dessus que l'orateur in-

siste —, ce serait un article imposant aux *autres usagers de la route* et d'une façon toute générale, l'obligation de respecter strictement eux aussi les dispositions édictées pour régler la circulation et pour diminuer par là le nombre des accidents (ce qui doit être, dans ce domaine, le but suprême du législateur). La teneur de l'art. 37bis Constitution fédérale ne s'y opposerait pas, puisqu'il n'est guère possible de régler le trafic des automobilistes et des cyclistes sans s'occuper également de l'attitude à observer vis-à-vis d'eux, précisément par les autres usagers de la route. Aussi le projet de 1926 contenait-il déjà un article tendant à ce but, mais qui ne visait que les voituriers et les charretiers et ne leur imposait que l'obligation de livrer passage aux véhicules à moteur et de se munir d'une lumière dès la chute du jour. Il y aurait lieu d'introduire dans la nouvelle loi une disposition plus générale, concernant de même les *piétons* et qui devrait laisser toute latitude au Conseil fédéral et, dans une certaine mesure, aux autorités cantonales et locales, de circonscrire d'une façon plus détaillée et en s'adaptant à l'évolution du trafic, les obligations des différents usagers de la route.

Monsieur le Dr. *Martin-Achard*, avocat à Genève, désire faire entendre une voix un peu différente.

Personne ne songe évidemment à maintenir, en ce qui concerne les automobiles, le principe de la responsabilité *ex delicto*. Mais il ne faut pas, passant à l'extrême, adopter un principe de la responsabilité causale pure et simple. Le fait que son application serait facile et que c'est l'assureur qui, en dernière analyse, indemniserait le lésé, manque de rigueur juridique. Il est, en tous cas, nécessaire de tenir compte des conséquences économiques que l'application de ce principe entraînerait.

L'usage des véhicules à moteur (automobiles et motocyclettes) n'est plus actuellement un luxe; ceux-ci sont devenus pour beaucoup des objets de travail. Ils constituent, en outre, une source de richesse économique pour

le pays. On doit envisager également à ce point de vue les conséquences de l'adoption de la responsabilité causale, quant à l'augmentation des primes d'assurance.

Cette question doit être examinée aussi sur le terrain de la portée morale et sociale de la loi, dont l'importance dans le si difficile problème de la circulation ne peut être méconnue. Il est certain qu'en abandonnant le principe de la faute, on atténuera chez l'automobiliste le sentiment de sa responsabilité.

Pour ces raisons, l'orateur repousse le principe de la responsabilité causale pure et simple. Il fait observer, du reste, que si l'on veut appliquer intégralement ce principe, la faute concomitante du lésé ne pourra plus être prise en considération par le juge, pour réduire l'indemnité allouée, ce qui est pratiquement impossible.

On est donc forcé de se rabattre sur un principe intermédiaire dont l'orateur trouve la solution dans le renversement du fardeau de la preuve, l'automobiliste devant pour s'exonérer de sa responsabilité, établir qu'il n'a pas commis de faute.

Prof. Dr. *Guhl* in Bern vertritt die Auffassung, dass die blosse Umkehrung der Beweislast oder eine Regelung im Sinne des Art. 55 OR nicht genüge. Man muss im Sinne der beiden Referenten einen Schritt weiter gehen. Die Kausalhaftung ist aber an sich noch kein Haftungsprinzip. Sie bedarf der innern Rechtfertigung, der ethischen Begründung. Letztere liegt in der erhöhten Gefährlichkeit des Automobilbetriebes im Verhältnis zum übrigen Strassenverkehr. Der Automobilist muss deshalb die Möglichkeit haben, zu beweisen, dass andere Ursachen am Unfall mitgewirkt haben. Ist gegebenenfalles der Automobilbetrieb nicht die einzige Ursache, so rechtfertigt sich eine Schadensverteilung. Der Fall kann sogar so liegen, dass man — wie das Bundesgericht in einem neuesten Eisenbahnhaftpflichtfall, BGE 55 II 336 ff. — zum Ergebnis

kommen muss, die besondere Betriebsgefahr sei hier für den Unfall nicht mehr kausal gewesen.

Der Vorsitzende, Bundesrichter Dr. *Merz*, freut sich, dass beide Referenten auch auf die allgemeine Seite der Frage, d. h. auf die Haftungsgründe im allgemeinen, eingetreten sind und deren Problematik gezeigt haben. Das Verschuldensprinzip als Grundlage für die Schadenshaftung hat nie die alleinige Herrschaft gehabt; aber es hat die Tendenz nach Alleinherrschaft. Es ist erfreulich, dass beide Referenten andere Wege gewandelt sind, wenn auch ein einheitliches Prinzip nicht aufgedeckt werden konnte. Man wird sich damit abfinden müssen, dass vorläufig in Wissenschaft und Praxis verschiedene Verantwortlichkeitsgrundsätze gelten, neben dem Verschulden die Haftung für Gefährdung, aber auch der Ausgleichsgedanke.

Was speziell die Automobilhaftpflicht anbelangt, so ist festzustellen, dass zwischen den beiden Referenten gewisse Unterschiede bestehen, gewisse Nuancen, die sich aber mehr konstruktiv als in der Anwendung auswirken. Die Grundauffassung ist bei beiden die gleiche und gegen diese Grundauffassung ist auch von den Diskussionsrednern nichts vorgebracht worden. Der Vorsitzende beantragt, diese Einheitlichkeit der Auffassung im Schosse des Juristenvereins durch folgende, allgemein gehaltene Resolution zum Ausdruck zu bringen:

„Der Juristenverein erklärt es als wünschbar, dass die Haftpflicht der Automobilfahrer durch Spezialgesetz geregelt werde, und zwar grundsätzlich auf dem Boden einer Verursachungshaftung nach den Thesen, wie sie von den beiden Referenten aufgestellt worden sind.“

In seinem Schlussvotum stellt Prof. *Homberger* fest, dass sich heute keine einzige Stimme erhoben hat, die ausschliesslich am Verschuldensprinzip festhalten will. Das ist bemerkenswert für die Entwicklung des Rechtes, das

lange und zähe am Verschulden als einziger Grundlage der Haftung festgehalten hat. Vor dreissig Jahren wäre es vielleicht möglich gewesen, durch Weiterentwicklung des Art. 58 OR auf dem Wege der Rechtsprechung die Verursachungshaftung oder doch eine angenäherte Haftpflicht einzuführen. Heute dürfte nur der Erlass eines Spezialgesetzes dazu führen. Das Grundsätzliche in dieser Entwicklung darf nicht übersehen werden. In die frühere individualistische Rechtsordnung dringen auch hier in vermehrtem Masse kollektivistische Gedanken ein.

M. le professeur *Max Petitpierre* répond à M. Piccard qu'au cas où le dommage causé par l'automobile se rattache à la faute d'un tiers, il admettrait que ce dommage fût réparé par l'automobiliste, un droit de recours étant accordé à ce dernier contre le tiers fautif. La possibilité de l'intervention d'un tiers, comme cause du dommage, peut être comprise dans le risque inhérent à l'emploi de l'automobile. Il est plus normal de construire la responsabilité de cette manière, plutôt que de faire intervenir, comme causes concurrentes du dommage, d'une part la faute d'un tiers, d'autre part le danger inhérent à l'emploi de l'automobile.

M. le professeur Guhl a fait une remarque fort juste, au sujet du principe même de la responsabilité causale. Le système préconisé par le co-rapporteur tend à faire peser sur l'automobiliste une présomption de responsabilité, plutôt qu'une responsabilité causale proprement dite. M. Petitpierre rappelle que dans son rapport il n'a volontairement pas employé l'expression de responsabilité causale, mais celle de présomption de responsabilité, cette présomption pouvant être renversée par la preuve non pas seulement de l'inexistence d'une faute de l'automobiliste, mais encore d'autres éléments strictement fixés par la loi. D'ailleurs que l'on parle de responsabilité causale ou de présomption de responsabilité, le résultat pratique est à peu près le même.

Enfin, il est évidemment regrettable qu'au moment de la revision du CO, le législateur n'ait pas étendu l'application de l'article 58 aux dommages causés non-seulement par des immeubles ou ouvrages immobiliers, mais encore par des objets mobiliers, ce qui eût permis d'appliquer cette disposition aux automobilistes et ce qui eut certainement facilité la tâche du juge. Celui-ci, pour arriver au résultat que l'équité commande, est obligé de construire une faute, ce qui l'a conduit à déformer la notion de la faute au sens de l'article 41 CO. Ce n'est pas le résultat auquel arrive la jurisprudence que le co-rapport critique, mais les moyens que le juge a été contraint d'employer pour arriver à ce résultat. En l'absence d'une disposition générale comme celle de l'article 1384 du Code civil français, qui permettrait au juge de soumettre les automobilistes à une responsabilité aggravée, il est urgent de légiférer et il est à souhaiter que la question de la responsabilité des automobilistes, comme d'ailleurs tous les problèmes se rattachant à la circulation, soit prochainement réglée par une loi spéciale.

Der Vorsitzende fragt an, ob gegen die von ihm beantragte Entschliessung Einwendungen erhoben werden. Es ist dies nicht der Fall. Die Entschliessung ist angenommen.

Da das Wort nicht mehr verlangt wird, schliesst der Vorsitzende um 11 Uhr die Sitzung.

Stans, den 15. September 1930.

Der Präsident: Dr. V. Merz, Bundesrichter.

Der Sekretär: Prof. Dr. P. Mutzner.